

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan**  
am Dienstag, dem 19.11.2024 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00 Uhr

Ende:  
19:56 Uhr

**Vorsitz**

Stv. Martin Haesen

**CDU-Fraktion**

Stv. Vincent Endereß  
Stv. Tobias Kaimer  
Stv. Annette Leonhardt

**SPD-Fraktion**

Stv. Marion Klaus

**WLH-Fraktion**

Stv. Tessa Lukat  
Stv. Nadine Lütz

**GAL-Fraktion**

Stv. Lucio Dröttboom

**FDP-Fraktion**

AM Thomas Kirchhoff

**Schriftführung**

VA Sigrid Nippe

**stimmberechtigte Mitglieder**

AM Beate Baroke

AM Hanno Krüger

AM Bernhild Kurosinski

anwesend bis 19.10 h

AM Britta Longerich

AM Anna Rosina Neuwald

AM Simone Oeckenpöhler

**beratende Mitglieder**

AM Klaus Faulhaber-Birghan

anwesend bis 19.30 h

AM Sylvia Smajert

**Vertreter des Seniorenbeirates**

Frau Barbara Schwarze

**Vertreter des Jugendparlamentes**

Frau Emilia Zambon  
Herr Lukas Schirmer

anwesend bis 19.55 h  
anwesend bis 19.55 h

**1. Beigeordnete**

1. Beigeordnete Annette Herz

**Verwaltung**

StVD'in Doris Abel  
VA Peter Burek  
VA Stephanie Dellit  
StHS'in Simone Herweg

**Gäste**

Frau Gloth

für den Stadtelternrat  
- anwesend bis 19.55 h  
Ombudschaft NRW  
- anwesend bis TOP 4

Herr Reiner Massow

**Der Vorsitzende Martin Haesen** eröffnet um 17:00 Uhr die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung:**

Der **Vorsitzende Martin Haesen** begrüßt die Vertreterin des neuen Stadtelternrates, Frau Gloth, und gratuliert nochmal zur Wahl. Wie vereinbart, würde er Frau Gloth Rederecht im heutigen JHA einräumen, wenn dies gewünscht sei.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Befangenheitsmitteilungen**

---

#### **Protokoll:**

Auf die Frage des **Vorsitzenden Martin Haesen**, ob sich jemand als befangen erklärt, gibt es keine Rückmeldung. Herr Haesen weist darauf hin, dass bei einer Abstimmung zu TOP 6 die freien Träger ihre Befangenheit durch das Zurückrücken ihres Stuhles anzeigen sollen.

### **2./ Kinder- und Jugendfragestunde sowie Kinder- und Jugendparlament**

---

#### **Protokoll:**

**Frau Emilia Zambon** berichtet für das Jugendparlament aus dessen letzter Sitzung, bei der das Thema Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund stand, um die Arbeit auf verschiedenen Plattformen der Jugend näher zu bringen. Zu dem unter TOP 5 gestellten Antrag werde später Lukas Schirmer Stellung nehmen. Weiter berichtet Frau Zambon, dass das JuPa mit dem Seniorenbeirat einen gemeinsamen Antrag im SIGA zur Aufstockung der Taschengeldbörse gestellt habe. In der JuPa-Sitzung am 18.11.24 wurde ein neues Vorstandsmitglied benannt, da Melin Atakay von ihrem Amt zurückgetreten sei.

**Jugendreferent Peter Burek** teilt mit, dass es einen ausführlichen Bericht von Sarah Wendel zum Kinderparlament zu Protokoll geben werde.

Nachtrag zu Protokoll von VA Sarah Wendel:

#### **Kinderparlament aktuell**

Aufgelistet sind die letzten Aktionen des Kinderparlamentes:

---

Am 28.10.24 besuchte das gesamte Kinderparlament den Landtag NRW. 27 Kinder erhielten viele Informationen über den Landtag. Mit der Debatte zum Thema „Verkürzung der Ferien“ bereiteten sie eigene Reden vor, um sie anschließend nacheinander im politischen Stil vorzutragen. In diesem Planspiel haben die Kinder sich ausprobieren können, heiß diskutiert und ein Gefühl dafür bekommen, wie es ist, als Politiker\_in im Landtag Entscheidungen mitzugestalten. Eine Führung durchs Haus und eine kleine Stärkung in der Mensa rundeten das Programm ab.

Am 09.11.24 veranstalteten wir zusammen mit dem AWO-Ortsverein einen gemeinsamen Batik-Workshop im Carpe Diem zum Thema Wiederverwertung. Die Kinder und Senioren waren sehr produktiv und gemeinsam hatten sie viel Spaß bei der Sache.

Das Thema „1. Hilfe für Kinder“ „Kinder helfen Kindern“ hat das Kipa in Zusammenarbeit mit dem DRK Gruiten in ihrem AK Vielfalt leben aufgegriffen. Zum Einstieg hat der AK mit dem DRK am 17.11. auf dem Handwerkermarkt einen Stand mit Teddyklinik angeboten.

Zum Internationalen Tag der Kinderrechte am 20.11.24 stellte das Jugendamt in der Stadtbücherei den Kinderrechte-Koffer vor. Für Kinder und deren Familien gab es Möglichkeiten zu basteln, malen, spielen und Infos über die Kinderrechte zu erhalten. Auch Kinder des Kipa begleiteten den Nachmittag. Der Koffer kann nun in der Stadtbücherei von Schulen und Kindergärten (wie die Medienboxen) ausgeliehen werden.

Am 25.11.24 war die 8. Kinderparlamentssitzung im Sitzungssaal im Rathaus. 25 Delegierte plus Vertretungen aus Verwaltung und Politik waren anwesend. Zwei Anträge „Toiletten auf großen Spielplätzen“ und „Scooterstände an Schulen“, wurden von den Kindern nicht für sinnvoll erachtet und nach Abstimmung abgelehnt (weitere Inhalte unter Kipa – Sitzungen - sind auf der Homepage zu finden).

Zum Ende des Jahres wird das Kinderparlament einen Workshop mit Ira Paul von Pazuru durchlaufen. „Ich habe eine Stimme! Selbstbewusstsein und Gruppengefühl stärken.“ Dies wird in diesem Jahr die gemeinsame Abschlussaktion.

Wir freuen uns auch im nächsten Jahr auf viel Engagement, gute Ideen und viel Freude bei der Umsetzung. Auf der Homepage unter „Kinderparlament“ sind Infos, Termine, Aktionen und Projekte zu finden.

### **3./ Bericht der Unterausschüsse "Spielflächen/Jugendorte" und "Kinderschutz"**

---

#### **Protokoll:**

**Stv. Vincent Endereß** sowie **Vorsitzender Martin Haesen** teilen mit, dass es keine aktuellen Berichte aus den Unterausschüsse gebe.

### **4./ Kooperation mit der Ombudsstelle NRW Vorlage: 51/106/2024**

---

#### **Protokoll:**

Herr Reiner Massow stellt per Präsentation die Ombudschaft NRW vor.

Auf verschiedene Nachfragen aus dem JHA berichtet Herr Massow, dass die Ombudsstellen aus der stationären Jugendhilfe kämen und für alle Aufgaben des SGB VIII zuständig seien. Das System müsse erst nach und nach wachsen. Momentan überlege man, die Telefonsprechstunde auf dreimal wöchentlich zu erhöhen. Die meisten Kontaktaufnahmen kämen jedoch per Mail oder über das Kontaktformular. Auf Meldungen würde nach ein bis zwei Werktagen reagiert und entsprechend in den betreffenden Städten nach Ehrenamtlichen gesucht. Wenn diese nicht zur Verfügung stünden, würden hauptamtliche Kräfte eingesetzt.

#### **Beschluss:**

Der JHA nimmt die Ausführungen zur Ombudschaft NRW zur Kenntnis.

Der JHA beauftragt das Jugendamt, die Kooperation mit der Ombudschaft NRW abzuschließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

### **5./ Antrag des Jugendparlaments vom 05.09.2024 – Änderung der Satzung des Jugendparlaments der Stadt Haan Vorlage: II/063/2024**

---

#### **Protokoll:**

**Herr Lukas Schirmer** stellt noch einmal den Antrag des Jugendparlamentes vor und fordert eine jugend- und nicht nur kinderfreundliche Kommune in Haan.

In der sich daran anschließenden Diskussion sind sich die Ausschussmitglieder einig, dass man die Jugendlichen an der Politik beteiligen müsse, jedoch verweist man auch auf die notwendige Verlässlichkeit der Vertretung des Jugendparlamentes in den verschiedenen Ausschüssen. **AM Thomas Kirchhoff** spricht sich für die FDP-Fraktion gegen ein Sitzungsgeld aus und empfindet dies als falsches Signal.

---

**Stv. Vincent Endereß** formuliert schließlich einen veränderten Beschlussvorschlag, der durch den Vorsitzenden Martin Haesen zur Abstimmung gestellt wird.

**Beschluss:**

Das Jugendparlament wird zu Sitzungen der Ausschüsse des Rates (satzungsgemäß außer Rat, Haupt- und Finanzausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss und Wahlausschuss) der Stadt Haan als Vertretung der Haaner Jugendlichen hinzugezogen und zu Angelegenheiten angehört, die Belange der Jugendlichen betreffen. Das Jugendparlament hat mit einfacher Mehrheit jeweils eine Vertretung zu den Sitzungen zu entsenden. Die Vertretung (im Alter von 12 bis 21 Jahren) hat Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung in Höhe des Sitzungsgeldes eines sachkundigen Bürgers. Die Vertretung ist durch den Rat der Stadt Haan zu bestätigen.

**Abstimmungsergebnis:**

13 ja-Stimmen / 1 nein-Stimme / 1 Enthaltung  
mehrheitlich angenommen

**6./ Richtlinie zur freiwilligen Förderung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege der Stadt Haan  
Vorlage: 51/108/2024**

---

**Protokoll:**

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** stellt die Vorlage vor und teilt mit, dass die Bedenken der Träger im Vorfeld des JHA aufgenommen und intern besprochen wurden.

Auf die Fragen von **Stv. Vincent Endereß** zu Punkt 5.1.3.1 der Förderrichtlinie teilt **Amtsleiterin Stephanie Dellit** mit, dass die Mietzuschüsse in den Trägerverträgen geregelt seien und sich dieser Punkt auf die aktuellen Verträge beziehe. Die Mietzuschüsse hätten Bestandsschutz und blieben weiter bestehen. Auf die Frage von **Stv. Tobias Kaimer**, ob die Richtlinie mit der AG78 abgestimmt sei und dieses Gremium damit konform gehe, teilt **Amtsleiterin Stephanie Dellit** mit, dass dies im Detail nicht passiert sei.

**AM Bernhard Kurosinski** meldet erheblichen Beratungsbedarf an und bittet den JHA, die Beratung und Abstimmung in das neue Jahr zu verschieben. Die Richtlinie sei in der AG78 nicht besprochen worden und es sei viel zu wenig Zeit, um dies im Detail mit den Betroffenen zu erörtern.

Die **1. Bgo. Annette Herz** äußert Verständnis für den vorgebrachten Beratungsbedarf, vor allem im Hinblick auf das Antragsverfahren. Sie erläutert die hierzu bereits mit der Kämmerei abgestimmten Änderungen.

**AM Britta Longerich** sieht die Umsetzung ebenso problematisch wie Frau Kurosinski und bemängelt die Schnelligkeit, mit der dies nun umgesetzt werden solle. Sie verweist auf das rein ehrenamtliche Engagement ihres Vereins und man könne in

---

der kurzen Zeit keine korrekten Zahlen liefern, was man aber den Vereinsmitgliedern schuldig sei.

Die **1. Bgo. Annette Herz** kann die vorgebrachten Argumente nachvollziehen und auch den Wunsch, die Vorlage im nächsten Sitzungszyklus nach Mitteilung der Änderungswünsche von Seiten der Träger zu beraten und zu beschließen. **Stv. Vincent Endereß** äußert die Bitte, die politischen Gremien in der Vorlage genauer aufzuschlüsseln und die Beschlüsse, die mit dem Beschluss aufgehoben werden sollen, anhand von Vorlagen-Nummern zu benennen.

**AM Klaus Faulhaber-Birghan** bemängelt das hohe Tempo, das vorgegeben würde; es werde Planungssicherheit beim Trägervertrag benötigt. Er bittet um maßvollere Gestaltung des Verfahrens, so viel wie nötig – so wenig wie möglich.

**Stv. Marion Klaus** zeigt sich einerseits froh über die Richtlinie, sehe aber auch die Schwierigkeiten aufgrund des Tempos. Sie sehe den Beginn der Umsetzung zum neuen Kita-Jahr, da die Planungen der Träger immer bis zum Ende des alten Kita-Jahres reichen würden.

Die **1. Bgo. Annette Herz** sieht die Beschlussfassung im nächsten Sitzungszyklus als unkritisch, da der Start zum nächsten Kita-Jahr stattfinden solle.

Auf den Einwand von **Stv. Marion Klaus**, dass die Zuschüsse für die Elterninitiativen eigentlich höher ausfallen müssten, erwidert **Amtsleiterin Stephanie Dellit**, dass mit dieser Richtlinie die Transparenz und Überraschungsfreiheit für die Träger geschaffen und die Prüfungen vorgenommen werden.

**Vorsitzender Martin Haesen** begrüßt den Vorschlag aus der Diskussion, die Richtlinie in der AG78 aufzugreifen und den Kreis der Teilnehmenden um interessierte Fraktionsmitglieder zu erweitern.

### **Beschluss:**

~~Der Rat der Stadt Haan beschließt die Richtlinie zur freiwilligen Förderung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege der Stadt Haan.~~

Zum nächsten JHA wird eine überarbeitete Vorlage durch die Verwaltung erstellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Beschlusslos

**7./ Inklusion in Kitas - Bewilligung von Eingliederungsleistungen durch den LVR**  
**Vorlage: 51/107/2024**

---

### **Protokoll:**

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet über den zu diesem Thema ausgestrahlten Beitrag in der Lokalzeit Bergisch Land im WDR-Fernsehen und der gleichzeitigen Ent-

---

scheidung der Verwaltung, diese Vorlage zu erstellen. Frau Herz schlägt vor, den Beschlussvorschlag um den Passus zu erweitern, dass die Verwaltung einen schriftlichen Appell an die Direktorin des LVR richtet.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig über die katastrophalen Zustände und danken der Verwaltung für die Aufnahme dieses Themas.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** begrüßt den Vorschlag von **AM Bernhild Kurosinski**, dass die Fraktionen ihre Landtagsabgeordneten auf dieses Problem aufmerksam und entsprechend sensibilisieren sollen.

### **Beschluss:**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen dringenden Appell an die Direktorin des LVR zu richten, um die Bewilligungspraxis wieder rechts- und bedarfskonform zu gestalten.

### **Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

## **8./ Erweitertes Monitoring Betreuungzeitenausfall Vorlage: 51/105/2024**

---

### **Protokoll:**

Auf die verschiedenen Anmerkungen aus dem Ausschuss über die unzureichende Vorlage hinsichtlich der unkonkreten Ausfallzeiten und des fehlenden Gesamtbildes teilt **Amtsleiterin Stephanie Dellit** mit, dass, wie bereits im letzten JHA mitgeteilt, eine kleinteiligere Auflistung nicht möglich sei. Dafür seien die Meldungen und die Maßnahmen der Träger zu unterschiedlich. Somit hätte man nun versucht, verschiedene Cluster zu bilden. Auf die Frage, ob es bei plötzlichen Ausfällen möglich sei, dass die Eltern die Kinder (not-)betreuen, erwidert Frau Dellit, dass sich dies schwierig gestalte. Es müssten Führungszeugnisse etc. vorliegen. Darüber hinaus verweist Frau Dellit auf die angekündigten neuen Personalverordnungen des Landschaftsverbandes, die in der nächsten AG78 Thema sein werden.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** unterbricht die Sitzung für die neue Vertreterin des Stadtelternrates, Frau Gloth.

---

Frau Gloth berichtet über den Stress, den ein Ausfall in den Kitas für Kinder und Eltern bedeute. Sie verweist auf das Recht auf einen Kitaplatz und fragt sich, wie die PISA-Studie unter diesen Umständen zu verbessern sei. Der Stadtelternrat fordere einen Arbeitskreis unter Teilnahme der Verwaltung, der Fraktionen und des Stadtelternrates und auf Wunsch auch mit Vertretungen der Träger. Die Ausfallzahlen müssten weiter beobachtet und Lösungen zur Entschärfung gesucht werden. Sie stellt die

---

Frage in den Raum, was es die Gesellschaft koste, wenn die Kinder auf dem Bildungsweg verloren gehen.

---

Der **Vorsitzende Martin Haesen** beendet die Sitzungsunterbrechung.

Die **1. Bgo. Annette Herz** greift den Vorschlag von Frau Gloth gerne auf. Sie berichtet über bereits vor zwei Jahren stattgefundenen Aktivitäten zur Fachkräftesicherung und den umfangreichen Maßnahmenkatalog, wobei man auch die OGS in den Blick genommen habe. Damals seien viele Steuerungsmöglichkeiten identifiziert und zum Teil auf den Weg gebracht worden. Sie würde sich über eine telefonische Kontaktaufnahme freuen.

**Beschluss:**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

---

**9./ Gedenkorte und Stolpersteine in Haan - Antrag der SPD Fraktion WLKSTA vom 20.02.2024  
Vorlage: WTK/066/2024**

---

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende Martin Haesen** stellt den Antrag der SPD-Fraktion noch einmal vor.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass der Antrag nicht in die Zuständigkeit des JHA gehöre und somit nur zur Kenntnis genommen werde.

Die **1. Bgo. Annette Herz** teilt mit, dass die Verwaltung nur den Wunsch des WLKSTA aufgegriffen habe, den Antrag auch im BSA und JHA zu beraten.

**Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 20.02.2024 wird insofern aufgegriffen, als dass

1. die Kultur der Stadt Haan gemeinsam mit der Initiative „Demokratie.Haan“ das Gespräch mit der Stadtgesellschaft (u.a. Vereinen, Initiativen, JuPa, Seniorenbeirat, Schulleitungen, VHS Hilden/ Haan) suchen wird, um gemeinsam Ideen zu entwickeln, wie in Haan „Nie wieder ist Jetzt“ auch in Zukunft gelebt wird.
2. das Stadtarchiv (0,6 Stellen) sich zum Ziel setzt, nach und nach weitere Standorte für Stolpersteine in Haan ausfindig zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**10./ Stellenplan 2025****hier: Ausweitung des Stellenanteils für die Jugendgerichtshilfe von derzeit 0,4 auf 1,0 VZÄ****Vorlage: 10/178/2024**

---

**Protokoll:**

Auf die Frage von **Stv. Marion Klaus** zur Entwicklung der Fallzahlen verweist die **1. Bgo. Annette Herz** auf den Tätigkeitsbericht des Jugendamtes sowie die Vorlage im nichtöffentlichen Teil des letzten JHA zu diesem Thema, aus der sich der Bedarf spiegele. Auch der Verwaltungsvorstand habe der Erhöhung zugestimmt, da diese unabdingbar sei.

Da weitergehende Fragen zum Stellenplan momentan nicht beantwortet werden können, schlägt **Kämmerin Doris Abel** vor, den Beschluss und die Fragen im DOPA zu behandeln.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des bisherigen Stellenanteils für die Jugendgerichtshilfe (Produkt 060330) von derzeit 0,4 auf 1,0 VZÄ im Stellenplan 2025 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

beschlusslos in den DOPA verschoben

**11./ Haushaltsplanberatungen 2025; Jugendhilfeausschuss****Vorlage: 20/139/2024**

---

**Protokoll:**

**Kämmerin Doris Abel** teilt mit, dass die Beantwortung der WLH-Anfrage zu den Spiel- und Bolzplätzen aufgrund der Kurzfristigkeit noch nicht erfolgen konnte.

**Stv Vincent Endereß** verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion über die Erhöhung der Investitionen zur Umsetzung des Spielflächenleitplans von 50 T€ im Produkt 060220. Man hätte einen pauschalierten Betrag gewählt, da jeder Spielplatz individuell zu betrachten sei.

**AM Thomas Kirchhoff** sieht den Antrag im Zusammenhang mit der Pflege der Spielplätze (31119) und verweist auf die Kostenaufstellung von Herrn Gabe, in der beide Produkte berücksichtigt würden. Die FDP-Fraktion wolle keine Kürzungen im Jugendbereich, aber auch keine Ausweitung.

**Kämmerin Doris Abel** könne den Antrag sehr gut nachvollziehen, jedoch sei die Stadt Haan dazu in den nächsten Jahren finanziell nicht in der Lage. Der scheidende Rat solle dem neuen Rat nicht noch mehr aufladen, da dieser in die Haushaltskonsolidierung einsteigen müsse

**Stv. Vincent Endereß** sieht keinen Zusammenhang von altem zu neuem Rat und ergänzt auf Nachfrage von **Stv. Marion Klaus**, dass der Antrag auch die Jugendorte einschlieÙe.

**Stv Tessa Lukat** fragt nach den konkret benötigten Mitteln und melde deshalb Beratungsbedarf an.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** macht deutlich, dass im Spielflächenleitplan 2017 jährlich 100 T€ beschlossen wurden und man dem Gutachter, der 150 T€ aufgezeigt hatte, nicht gefolgt war. Somit sei der Antrag der CDU schlüssig.

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet, dass momentan ein umfangreicher Evaluierungsprozess des Spielflächenleitplanes stattfindet und sie könne nur appellieren, der Verwaltung ein Jahr Zeit zu geben, um die vollständige Evaluierung mit einem Entscheidungsvorschlag vorlegen zu können.

**Stv. Vincent Endereß** wirbt nochmals für den CDU-Antrag, da die Qualität der Spielflächen für die Kinder nicht besser werde. Gerne könne man zum Haushaltsplan 2026 beraten, welche Auswirkungen eine Evaluierung habe.

Zu dem Beratungsbedarf der WLH-Fraktion gibt **Vorsitzender Martin Haesen** zu bedenken, dass an den weiterführenden Gremien ein Drittel des JHA nicht mehr teilnehmen könne und er deshalb einen Beratungsbedarf zu den Haushaltsplanberatungen der WLH im JHA sehr bedauern würde. Daraufhin zieht **Stv. Tessa Lukat** den Beratungsbedarf zurück.

In der weiteren Diskussion zum Haushaltsplan ergeben sich folgende Fragen bzw. Anmerkungen:

Die CDU-Fraktion verweist auf das Produkt 060210, Zeile 16 - sonstige ordentliche Aufwendungen. Hierbei wünsche man sich umfangreichere Erläuterungen, da es sich bei dem Betrag nicht nur um die angegebenen Nutzungsgebühren für das Internet-Café handeln könne.

Auf die Nachfrage von **AM Thomas Kirchhoff** zu den Veränderungsanträgen Nr. 1 und 15 erläutert **Amtsleiterin Stephanie Dellit**, dass die zwei Anträge denselben Sachverhalt betreffen und nach § 79 SGB VIII die gesetzliche Grundlage für eine Organisationsuntersuchung des Jugendamtes bilden. Leider gab es zum Veränderungsantrag Nr. 1 lediglich eine Kostenschätzung und zum Antrag Nr. 15 haben dann die tatsächlichen Kosten vorgelegen. Den Befürchtungen von Herrn Kirchhoff, dass man im Jugendamt Kosten sparen wolle, widerspricht Amtsleiterin Stephanie Dellit. Nach dem Gesetz müssten die Jugendämter gut ausgestattet sein und das Ergebnis werde sicherlich keine Einsparung sein, sondern die gesetzliche Vorgabe abbilden.

Die Antworten auf nachstehende Fragen werden in die allgemeine Fragenliste zu den Haushaltsplanberatungen 2025 aufgenommen und dort beantwortet.

FDP:

**Produkt 60310 – ambulante Hilfen:**

Es sei auffällig, einerseits mit rückläufigen Fallzahlen geplant, andererseits sei die Kostenerhöhung enorm. Wie kommt es zu der Extremsteigerung?

---

**Produkt 60320 – stationäre Hilfen:**

Die Fallzahlen seien rückläufig, in der Gesamtsumme aber ein extremer Anstieg der Kosten. Worauf ist die Kostensteigerung zurückzuführen, wenn die Fallzahlen rückläufig sind?

SPD:

**60125 - städtische Kitas:**

Dass die Transferaufwendung in 2024 schon auf 0 stehen, sei verwunderlich.

**60210 - Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen:**

Personalaufwendungen gehen in 2025 zurück?!

**60220 - Einrichtungen der Jugendarbeit:**

Warum werden die Besucherzahlen geringer erwartet als bisher?  
Sach- und Dienstleistungen gehen zurück – was wird eingespart?

**60310 - Ambulante Hilfen:**

2024 sind die Kennzahlen abgesenkt – wirklich weniger Bedarf und weniger Kostenerstattungen?

**60320 - stationäre Hilfen:**

Kennzahlen seit 2024 abgesenkt, Sach- und Dienstleistungen weniger; was ist der Grund?

**Beschluss:**

Für den Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes -wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2025 ausgewiesen- dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt, die nicht in einer separaten Vorlage behandelt werden, wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

**Abstimmungsergebnis:**

Durch die vielfältigen Fragen zu den Produkten schlägt **Kämmerin Doris Abel** vor, den ersten Teil des Beschlussvorschlages beschlusslos in HFA und Rat zu schieben.

**Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.**

**Veränderungsantrag Nr. 1** ist überholt und wird durch Nr. 15 ersetzt

Zu **Veränderungsantrag Nr. 2** wird Frau Abel Rücksprache mit Herrn Titzer halten, ob dieser noch gültig ist – Ergebnis im DOPA.

**Veränderungsantrag Nr. 15**  
einstimmig angenommen

---

**Antrag der CDU-Fraktion**

13 ja-Stimmen / 1 nein-Stimme / keine Enthaltung  
somit mehrheitlich angenommen

---

**12./ Beantwortung von Anfragen**

---

**Protokoll:**

Es liegen keine Anfragen vor.

---

**13./ Mitteilungen**

---

**Protokoll:**

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** berichtet über die gelungene Veranstaltung zum Kinder- und Jugendförderplan. Für die im Nachgang stattfindende Steuerungsgruppe könne man sich bei Interesse gerne bei ihr melden.

Weiter berichtet Frau Dellit über den am Folgetag stattfindenden Kinderrechte-Tag, der in der Stadtbücherei mit verschiedenen Aktionen für Kinder hinterlegt sei.

Am 28.11.24 trifft sich die Steuerungsgruppe der Kinderfreundlichen Kommune um 16.30 h in den Räumen der ehemaligen Landesfinanzschule, zu der sich interessierte JHA-Mitglieder gerne anmelden können.

Die Interessenbekundung der Stadt Haan zum Streetwork liege beim LVR vor. Wenn der Landeshaushalt wie geplant verabschiedet werde, könne man von einer Förderung von 60 T€ für drei Jahre für die Stundenaufstockung der Streetworker und des PAZURU-Projektes an der Gesamtschule ausgehen. Bei einem negativen Bescheid würden die Streetworker mit eigenen Mitteln ausgeglichen.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** stellt um 19.55 Uhr die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.